B 2 Landesweites „Bildungsticket (1,- €-Ticket) für alle „ nach dem Modell „Schülerticket Hessen“ in Schleswig-Holstein einführen

Gremium:	Parteirat, Andreas Tietze (KV Nordfriesland), Marret Bohn (KV Rd-Eck), Rasmus Andresen (KV Flensburg)
Beschlussdatum:	16.02.2019
Tagesordnungspunkt:	1. Anträge

Antragstext

Wir fordern, mit den Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs die Bedingungen für eine zeitlich und räumlich unbeschränkte Jahreskarte von 365,- Euro pro Jahr für alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein auszuhandeln.

Zudem fordern wir die Erweiterung dieser Jahreskarte, auch auf Auszubildende und Teilnehmende an Freiwilligendiensten zu verhandeln.

Begründung

Das Bundesland Hessen hat auf Initiative von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ein landesweit gültiges Schüler*innenticket für 365,-€ Jahresbeitrag (1,-€ pro Tag) eingeführt. Die hessische schwarz-grüne Landesregierung hat dazu einen finanziellen Puffer für drei Jahre 20 Mio.€ als Landesunterstützung vorgesehen. Dieses Ticket richtet sich an 840.000 Schüler*innen und ist ein großer Erfolg geworden.

In Schleswig-Holstein haben wir rund 360.000 Schüler*innen, 53.000 Auszubildende und ca. 5.000 Freiwilligendienstler*innen, dies sind ca. 420.000 potenzielle Nutzer*innen für ein landesweites Bildungsticket. Wir sind uns sicher, dass von einem landesweiten „Bildungsticket für alle“ alle Schüler*innen, auch die der Oberstufe, Auszubildende, Lernende an Fachschulen, in Erziehungsberufen und in der Altenpflege, Freiwillige im BFD, FöJ, FSJ profitieren würden und dieses Ticket auch den Forderungen vieler Teilnehmer*innen der „Friday-for-future“ Demonstrationen nach einem attraktiveren ÖPNV Rechnung trägt.

Derzeit gibt es je nach Landkreis oder kreisfreier Stadt unterschiedliche Praktiken, wer wieviel für die Fahrkarten bezahlt. Je nach Ort gibt es keine, teilweise oder vollständige Kostenübernahmen. Oberstufenschüler*innen sind zumeist ausgenommen, was den Drang nach einem Auto oft verstärkt.

Das Vorgehen der Landkreise oder kreisfreien Städte wird durch unseren Vorschlag nicht verändert. Wir sehen lediglich eine Änderung der landesweiten Tarife vor. Angesichts der möglichen Preissenkungen besteht für viele Kreise oder kreisfreien Städte jedoch die Möglichkeit, entweder die eigenen Zuschüsse zu senken oder mit den gleichen Mitteln mehr Kindern Zuschüsse zu zahlen.